

DER BEWEIS LIEGT AUF DEM TISCH:

85% der Mörfelder gegen Gebührenerhöhung

SPD, CDU, FDP handeln gegen den Willen der Bevölkerung

Innerhalb weniger Stunden sammelte die DKP in Mörfelden über 1.000 Unterschriften gegen die geplanten neuen Belastungen.

Es wurde deutlich: Fast jeder unterschreibt, keiner will Steuer- und Gebührenerhöhungen. Bei einer Ausdehnung der Sammlung auf ganz Mörfelden ist mit Sicherheit anzunehmen, daß 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung die geplanten Erhöhungen ablehnen. Viele Bürger meinten während der Befragung: „Es ist Zeit, daß etwas gegen die Preistreiberien unternommen wird.“ Viele unterschrieben, obwohl sie nicht mit allen Forderungen der DKP übereinstimmten. Einige sagten resignierend: „Es hat keinen Zweck, die da oben machen ja doch was sie wollen.“ Das Ergebnis dieser repräsentativen Befragung, in einer Straße wurde in jedem Hause die Listen unterschrieben, muß ein Signal sein für alle Mörfelder Parteien. Der Beweis ist erbracht: Wer die Finanzmisere unserer Stadt auf Kosten der Bürger lösen will, handelt gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Nun sagen uns die Vertreter der ande-

ren Parteien im Stadtparlament: „Ihr macht es euch leicht – ihr macht eine unrealistische Politik. Wenn wir die örtlichen Aufgaben lösen wollen, müssen wir eben das Geld von der Bevölkerung nehmen.“ Diese Abwehrbehauptungen verlieren zunehmend an Gewicht. Natürlich wissen wir auch, die Mörfelder Verantwortlichen können nicht an die Unternehmerprofite, die Stadt kann nicht die Steuerflucht der „Linsenhoffs“ unterbinden, sie kann auch nicht den Rüstungsetat kürzen. Aber man muß verlangen können, daß der Protest gegen die Zustände, die zur Verschuldung der Stadt führen, auch in Mörfelden laut wird, daß die Bevölkerung lückenlos (z.B. in einer Bürgerversammlung) informiert wird, „wie die Aktien stehen“. Da aber drücken sich die feinen Herren. Der Grund dafür ist einfach → sie sind ja die kleinen Ableger jener Parteien, die in Bonn und Wiesbaden die Weichen stellen. Deshalb kuschen sie. Deshalb sehen sie keinen Ausweg. Deshalb gehen sie den Weg der weiteren Belastung der „kleinen Leute“. Aber darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Das letzte Wort haben die Bürger dieser Stadt.

Gewöhnliche Kriminelle

Die DKP verurteilt schärfstens die kriminellen Handlungen der Entführer des Westberliner CDU-Vorsitzenden Lorenz. Aktionen des individuellen Terros haben mit der sozialistischen Arbeiterbewegung und den demokratischen Kräften unseres Landes nichts gemein. Zugleich warnt die DKP nachdrücklich vor dem Klima der antikommunistischen Hysterie, das die reaktionären Rechtskräfte aus diesem Anlaß schüren wollen, nicht um anarchistische Provokationen zu bekämpfen, sondern um den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes insgesamt weiter voranzutreiben.



Die DKP-Stadtverordneten von Mörfelden, Erich Schaffner, Heinz Hechler, Michael Denk und Artur Siegel (von links) stimmten in der Stadtverordnetenversammlung gegen neuerliche Belastungen der Bevölkerung.

Acht Stunden sind kein Tag

Nein, wir wollen nicht den 24-Stunden-Tag dritteln. Acht Stunden sind aber ein Arbeitstag, dafür haben die Gewerkschaften jahrzehntelang gekämpft. Acht Stunden Arbeit unter den heutigen Verhältnissen im Betrieb reichen auch tatsächlich aus, um einen Menschen erholungsbedürftig zu machen. Erholung ist die ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtparlament nicht, doch das Interesse um das gemeinschaftliche Wohl der Bürger reizt zum Engagement. Da gibt es auch nichts zu beklagen und zu bekritlen. Anklagenswert ist jedoch eine 8-Stunden-Sitzung des Stadtparlaments. Geschehen am 13. Februar 1975 zur Verabschiedung des Haushalts 75/76. Vielleicht kann sich Stadtverordnetenvorsteher Oeser nicht in die Lage eines Arbeiters oder Angestellten hineinversetzen, der den ganzen Tag gearbeitet hat und auch am nächsten Tag wieder fit sein muß. Dann hätte er diese Mammut-sitzung den Stadtverordneten nicht zugemutet, hätte zwei Sitzungen anberaumt oder einen Samstag reserviert. Für die Zukunft sollte man dies in jedem Fall bedenken.

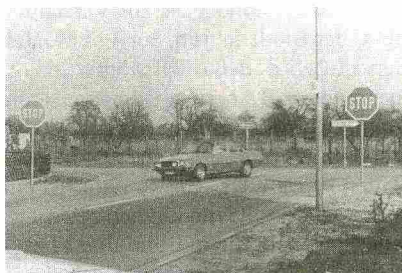


Aktuelle Verkehrstips

„blickpunkt“-Leser geben oft Hinweise, die wir gerne abdrucken. Heute wieder drei Vorschläge zum Thema Straßenverkehr in Mörfelden.



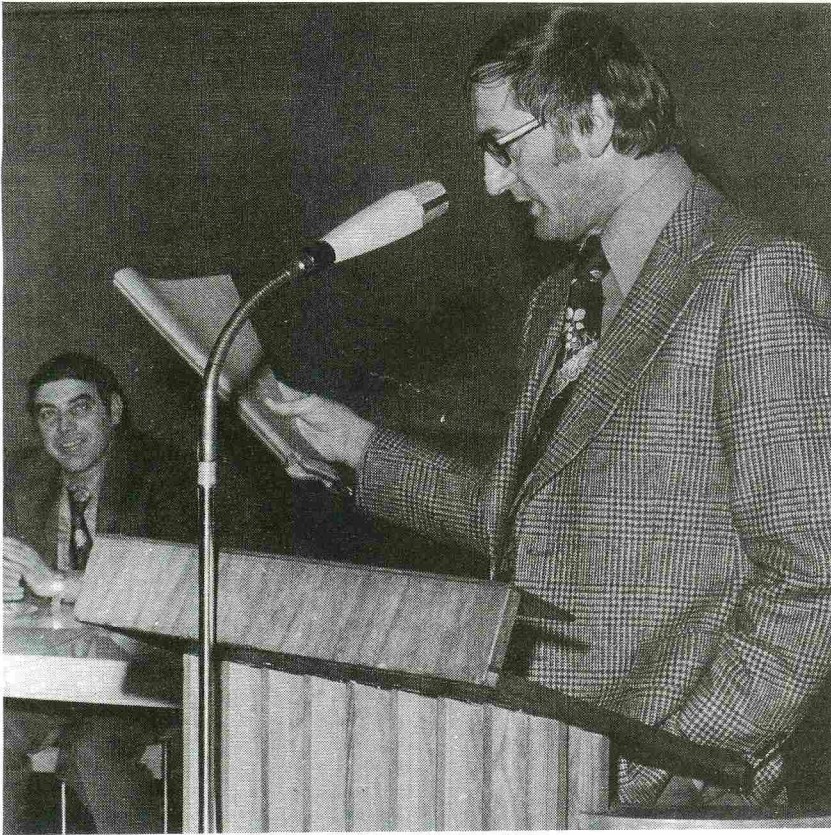
... und was ist, wenn der Mond nicht scheint? Höchste Zeit für eine Straßenbeleuchtung wird es in der Georgenstraße.



Von früher noch stehen die Stop-Schilder an der Ecke Darmstädter Straße/Dieselstraße. Nach Einrichtung der Einbahnstraße kann von links keiner mehr kommen. Jetzt genügt ein gewöhnliches Vorfahrtsschild.



Aus der Kalbgasse auf die Langgasse zu fahren ist oft kompliziert. Ein Verkehrsspiegel in dem man den von rechts kommenden Verkehr sieht, könnte helfen.



Wir fordern eine Bürgerversammlung

Heinz Hechler, Fraktionssprecher der DKP, wies Bürgermeister und Magistrat auf die Meinung der Bürger hin. Die gesammelten Unterschriften vorweisend, erklärte er u.a.:

„Wir meinen, es hätte schon vor dieser Stadtverordnetenversammlung eine Bürgerversammlung einberufen werden müssen, um die Schwierigkeiten klar auf den Tisch zu legen. Aber, Herr Bürgermeister, wenn Sie die Meinung der Bürger nicht scheuen kennenzulernen, dann holen Sie bitte die längst fällige Bürgerversammlung umgehend nach.

Unsere Partei hat in den letzten Tagen bei Hausbesuchen die Bürger über unsere schlechte finanzielle Lage aufgeklärt und in kurzer Zeit 1.000 Unterschriften unter folgende Zeilen gesammelt:

„Ich bin dagegen, daß die Lücken in unserer Stadtkasse durch Gebührenerhöhungen gestopft werden.

Ich bin gegen eine (nach der Fusion mit Walldorf zu erwartende) Gebührenangleichung nach oben.

Ich bin gegen die Erhöhung der Müllgebühren und anderer Abgaben in Mörfelden.

Ich unterstütze die Forderung, den Gemeindeanteil am Gesamtsteueraufkommen von zur Zeit zwölf Prozent auf zunächst 18 Prozent zu erhöhen.

Ich fordere alle Stadtverordneten von Mörfelden auf, sich dafür einzusetzen.

Wir werden die Unterschriftensammlung im Rahmen unserer Aktion ‚für Preisstopp, für Arbeitsplatzsicherung‘ in den nächsten Wochen fortsetzen.

Wir stellen uns damit voll hinter die gewerkschaftlichen Forderungen. ‚Metall‘, die Zeitung der Industriegewerkschaft Metall, schreibt am 4.2.:

„Wir Arbeitnehmer können im Augenblick nur eins tun: Dafür kämpfen, daß durch eine Erhöhung der Massenkaukraft Arbeitsplätze sicherer werden. Weil gekauft werden kann, was produziert wird.

Jedenfalls lassen wir nicht zu, daß die Fehler dieser Wirtschaftsordnung auf unsere Kosten, aber zu Nutzen der Unternehmer geflickt werden.“

Wir fordern heute die Gewerkschaftsmitglieder unter den Stadtverordneten auf, ebenfalls in diesem Sinne zu handeln.“

Am 1. Januar 1977 soll der Name Mörfelden, der im Jahre 814 zum ersten Mal urkundlich erwähnt wurde, verschwinden. Wenn es nach dem Willen der „Schreibtisch-Täter“ in Wiesbaden geht, heißt das künftige Gebilde „Walldorf“.

Wir stellen fest:

Wenn man Mörfelden und Walldorf zusammenlegen und den alten Namen Mörfelden tilgen will, dann geschieht das gegen den Willen der Mehrheit der Mörfelder Bevölkerung.

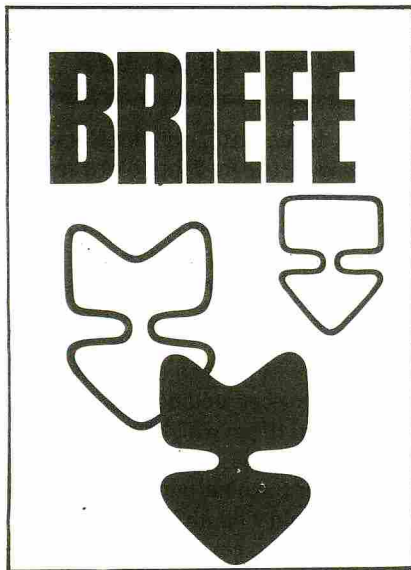
Aber Schuld sind nicht nur die arroganten Herren am grünen Tisch in Wiesbaden. Schuld tragen vor allem auch die Stadtverordneten von Mörfelden und Walldorf, die sich dem Willen ihrer Parteiobere beugten, und die am 28. Februar 1974 für die Fusion stimmten. Das darf man nicht vergessen.

Es ist deshalb scheinheilig und unverfroren, wenn sich jetzt einige FDP- und CDU-Leute, die für die Fusion waren und sind, aufregen, wenn der Name Mörfelden verschwinden soll. Die Fusions-Parteien, CDU, FDP und SPD, haben dazu die Weichen gestellt. Man ist kein hinterwäldlerischer Lokalpatriot, wenn man für „Mörfelden“ ist und der Zorn der Mörfelder, die für Mörfelden sind, ist berechtigt.

Die DKP, ihre vier Stadtverordneten, diese Zeitung, sind von Anfang an gegen die Fusion, für Mörfelden, auf die Barrikaden gegangen. Man hat uns im Parlament überstimmt, unsere Forderung nach Bürgerbefragung zurückgewiesen. Das war vor einem Jahr.

Mittlerweile haben sich die Gemüter nur scheinbar beruhigt. Wer mit offenen Ohren in dieser Stadt lebt, weiß, daß sich die Meinung der Bevölkerungsmehrheit nicht verändert hat, wohl aber Resignation heute vorherrschend ist. Was ist zu tun? Grundsätzlich, so meinen wir, sind alle Beschlüsse revidierbar: Der Beschluß zur Fusion und der Beschluß zur Namensänderung. Die einzige Kraft aber, die das bewerkstelligen kann, ist die Bevölkerung selbst.

In Marckolsheim haben die Bürger nach langem außerparlamentarischem Kampf verhindert, daß an ihrem Ort eine Bleihütte errichtet wird. In Wyhl haben Tausende Einwohner mittlerweile erreicht, daß die Bauarbeiten für ein Kernkraftwerk eingestellt wurden. Das sind Erfolge einer einigen Bevölkerung. Wer wagt zu sagen, daß der gemeinsame Einsatz der Mörfelder für Mörfelden nicht ebenso erfolgreich wäre? rh



Ausgaben muß man hundertprozentig bezahlen. Die Miete bleibt fast immer bei 100 Prozent, besitzt man ein Eigenheim bleiben alle Steuern und Gebühren bei 100 Prozent. Nur einige seien hier angeführt: Strom: 100 Prozent; Fernsehen: 100 Prozent; Heizung: 100 Prozent; sogar die Bahnfahrten für Senioren sind oft nicht für uns. Es fehlt der Partner oder man ist einige Lebensjahre zu jung. Also auch die Fahrkarte ist hundertprozentig zu bezahlen.

Für kleine Geschenke zu Weihnachten oder Beihilfekosten irgendwelcher Art, ist der 60-Prozent-Rentensatz gerade 20,— DM zu hoch. Oder die Lebensjahre zehn Jahre zu niedrig. Bei den Rentenerhöhungen sind wir mit 11,1 Prozent dabei. Unser Brot und alles andere kostet aber doch auch 100 Prozent. Das sind nur einige Tatsachen aus dem Leben einer Frau. Der Bürgerin eines Landes in Prozent, genau — 100 Prozent zu 60 Prozent!

Frieda Gernandt, Mörfelden, Liebknechtstraße 64

*An die Herausgeber des „blickpunkt“.
Ein Thema, das auch einmal von Interesse sein könnte. Es ist zwar Sache des Bundes, aber viele Bürger kennen diese Probleme noch nicht.*

Ein Rückblick einer Frau — im Jahr der Frau

Im Krieg wurden unsere Männer Soldaten — im Krieg wurden viele von ihnen Kriegsverwehrt — im Krieg fielen sie für „Volk und Vaterland.“

In den Jahren nach dem Krieg gab es für viele auch kein Lebensglück. Der Aufbau unseres Landes wurde von dieser Generation getragen. Die meisten Haushalte mußten neu aufgebaut werden.

Sehr viele der Männer erreichten und erreichen nicht das Rentenalter. Also Tod um die 60. Zurück bleibt die Frau, die Witwe. Im allgemeinen werden noch zwei bis drei Monatslöhne ausgezahlt. Ende!

Zur Rente der Witwe: Drei Monate noch die volle Rente, also 100 Prozent. Ist diese Zeit um, dann nur noch 60 Prozent, wo doch 100 Prozent notwendig wären, denn alle

Täglich lesen -



darum abonnieren!

... macht weiter so!

... nachträglich möchte ich Ihnen noch zum Erscheinen des 50. blickpunktes gratulieren. Zeigt dieses Ereignis doch einmal mehr, daß die Kommunisten nicht Profit und Gewinn im Kopf haben, wenn sie in ihrer Freizeit arbeiten, sondern das Wohl der arbeitenden Menschen.

Nun schlägt der Antikommunismus in unse-

rem Land einmal wieder hohe Wellen und auch der „Freitags-Anzeiger“ stimmt in die Hetzkampagne der Rechtskräfte mit ein. Unter Überschriften wie „Nachhilfeunterricht für Kommunisten“, „SDAJ will das bekommen, was die ‚Revanchisten‘ schon haben“, sind Publikationen zu lesen, die unter Verzerrung der Tatsachen, anscheinend ausschließlich den Zweck verfolgen, Augenwischerei den Mörfeldern gegenüber zu betreiben.

Einmal mehr versuchen die „Minidregger“ des „Freitags-Anzeigers“ die Deutsche Kommunistische Partei und ihre Mitglieder als Feinde der Freiheit darzustellen.

Ich behaupte, sie haben in gewissem Sinne recht:

Wie aus dem „blickpunkt“ allmonatlich zu ersehen ist, sind Sie „gegen“ die Freiheit: Gegen die Freiheit der Kapitalisten, tun und lassen zu können, was sie wollen. Gegen die Freiheit der Monopole, Arbeiter und Angestellte zu entlassen und Ausbildungsplätze zu kürzen.

Gegen die Freiheit, Gewerkschaften zu erpressen und die Tarifautonomie zugunsten der Unternehmer zu verändern.

Und last not least, gegen die Freiheit, laufend dem Bürger mehr Lasten aufzubürden, währenddessen die Monopole ihre Profite anhäufen. Was heute unter dem Schlagwort „Gewinnmaximierung“ Furore macht.

Dies meinen die Leute vom „Freitags-Anzeiger“, wenn sie schreiben, daß die DKP und die SDAJ gegen die Freiheit sind.

Ganz im Gegenteil sind Kommunisten für eine echte und gerechte Freiheit.

Eine Freiheit, die mit der Gleichberechtigung und der Machtausübung der Klasse verbunden ist, die die Werte unserer Volkswirtschaft schafft, aber noch immer ausgebeutet wird; der Klasse, die Marx unter dem Begriff „Proletariat“ zusammenfaßt.

Die Deutsche Kommunistische Partei Mörfelden und ihr Organ der „blickpunkt“ kämpfen dafür und es ist ein gerechter Kampf. Deshalb wünsche ich Ihnen, dem „blickpunkt“ und der Partei der Kommunisten, der DKP, und ihren Mitgliedern alles Gute, viel Erfolg bis zum 100. „blickpunkt“ und verbinde damit die Bitte, es weiter so zu machen, um eine echte Information der arbeitenden und lernenden Mörfelder zu gewährleisten.

Karl Dammel, Mörfelden, Friedensstraße



Gäste aus Frankfurt/Oder in Mörfelden. Auf einer gut besuchten DKP-Veranstaltung zum Thema: „Warum gibt es in der DDR keine Wirtschaftskrise?“ sprachen im Bürgerhaus Diplom-Ökonom Horst Laubenstein und Walter Riese, Direktor der Sozialversicherung in Frankfurt/Oder.

Es wurde offen über die Erfolge und Probleme beim Aufbau des Sozialismus in der DDR diskutiert, über Lebenshaltungskosten und gesicherte Arbeitsplätze gesprochen. Manche Besucher erfuhren zum ersten Mal, daß es in der DDR keine Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gibt, daß im Gegenteil Arbeitskräfte gesucht werden. Ein Besucher meinte am Ende der Versammlung: „... da es in unserer Presse keine objektive Berichterstattung über die DDR gibt, begrüße ich solche Möglichkeit der Information und freimütigen Diskussion!“

TROTZ LEHRERMANGELS IN HESSEN:

Arbeitslosigkeit - Berufsverbot

Der Skandal weitet sich aus. Trotz Lehrermangels gibt es Berufsverbote und arbeitslose Lehrer. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, rechnet man im Herbst dieses Jahres mit 2.200 arbeitslosen Lehrern in Hessen.

Auch im Kreis Groß-Gerau führt die Nichteinstellung von Lehrerstudenten zu größeren Klassenfrequenzen und zu zunehmendem Unterrichtsausfall. Betroffen davon sind vor allem die Sonderschulen, Grundschulen und Hauptschulen.

Hauptleidtragende dieser Politik sind die Kinder der Arbeiter und Angestellten, die durch mangelnde Qualifikation zuerst in den Sog der Arbeitslosigkeit gelangen.

Besonders alarmierend sind jene Tatsachen, die zu Beginn des neuen Schul-Halbjahres bekannt geworden sind:

- Lehramtsanwärter werden nicht in das Ausbildungsverhältnis übernommen, obwohl Zuweisungen an Schulen und Ausbildungsseminare bereits vorliegen.
- Zahlreiche Lehrer haben nach Ablegen der zweiten Staatsprüfung die Mitteilung erhalten, daß die „Überprüfung“ ihrer Person noch nicht abgeschlossen ist. Ein Teil dieses Kreises erhielt einen bis zum 31.7.75 befristeten Angestelltenvertrag. Wieder werden sie für ein halbes Jahr in der Ungewißheit gehalten, ob dann eine endgültige Entscheidung erfolgt. Damit wird ein unerträglicher Druck auf die Betroffenen ausgeübt.
- Andere Lehrer mußten die verfassungswidrigen „Anhörungen“ bei den Regierungspräsidenten über sich ergehen lassen, um dann ohne Angabe auch nur eines einzigen Grundes nicht weiterbeschäftigt zu werden.

Dieses Verfahren ist um so skandalöser, als inzwischen einwandfrei feststeht, daß bei der „Überprüfung“ der angehenden Lehrer ausschließlich Geheimberichte der verschiedenen Geheimdienste z.B. des sogenannten Verfassungsschutzes, verwendet werden. Diese Berichte werden von Agenten und Provokateuren zusammengestellt, von denen bekannt ist, daß sie die Wahrnehmung demokratischer Rechte schon als „linksextrem“ und „verfassungswidrig“ einstufen.

Diejenigen Lehrer und Lehramtskandidaten, die nach den „Anhörungsverfahren“ ohne jede Begründung von einer Weiterbeschäftigung ausgeschlossen wurden, sind Opfer der antikommunistischen Gesinnungsschnüferei, Opfer obskurer Geheimagenten geworden, die ihre Absegnung durch die Regierungspräsidenten und die Landesregierung erfahren.

Die neue Situation ist auch dadurch gekennzeichnet, daß in Hessen nicht mehr nur Mitglieder der DKP zu den Verfolgten gehören, sondern in noch größerer Zahl Mitglieder der SPD, der FDP und Parteilose. Es wird nämlich inzwischen jeder „überprüft“, der den Geheimdiensten irgendwann einmal „aufgefallen“ ist, ob als Teilnehmer an einer Demonstration oder Kundgebung oder durch seine Betätigung in Studentenorganisationen oder Gremien der verfaßten Studentenschaft, wie in Studentenparlamenten und Universitätsausschüssen. Das sind in Hessen viele Tausende.

Wer verstößt gegen das Grundgesetz?

Die konkreten Fälle faktischen Berufsverbotes und die Ausdehnung der „Überprü-

fung“ auf viele Tausende Antwortler für den öffentlichen Dienst, insbesondere für den Schuldienst, werden zu einem immer umfassenderen Verstoß gegen jede demokratische Rechtsstaatlichkeit, gegen Geist und Buchstaben von Landesverfassung und Grundgesetz.

Mit solchen Maßnahmen soll offenbar eine totale Verunsicherung und eine zunehmende Existenzangst herbeigeführt werden, um die Disziplinierung der Lehrerschaft und ihre Unterordnung unter eine reaktionäre Bildungspolitik zu erreichen.

Hessen vorn?

Die gegenwärtige Situation im hessischen Bildungswesen wird durch zwei neue Momente gekennzeichnet:

- durch die Festschreibung des permanenten Lehrermangels bei hohen Klassenfrequenzen und zirka 20 Prozent Unterrichtsausfall wird eine künstliche Arbeitslosigkeit von ausgebildeten Lehrern unvermeidlich;
- durch die Verschärfung der Berufsverbotspraxis wird unter Ausnutzung der Beschäftigungslage verstärkter politischer Druck auf die Lehrerstudenten und die Lehrerschaft ausgeübt.

Die künstlich herbeigeführte Lehrerarbeitslosigkeit hat auch in den 44 Schulen des Kreises Groß-Gerau seine Auswirkungen. Unsere Kinder können nicht so ausgebildet werden, wie es notwendig ist.

Die Deutsche Kommunistische Partei fordert:

- Alle Lehrer mit der zweiten Staatsprüfung werden ohne jede Diskriminierung ins Beamtenverhältnis übernommen.
- Alle Referendare zum Lehramt erhalten Ausbildungsplätze, sie werden ohne jede Diskriminierung ins Beamtenverhältnis übernommen.
- Die verfassungswidrigen „Anhörungen“ werden sofort eingestellt.
- Den Geheimdiensten, insbesondere dem sogenannten Verfassungsschutz, wird untersagt, demokratische Aktivitäten und Staatsbürger zu bespitzeln und zu provozieren, alle Dossiers über politische Betätigung werden vernichtet.
- Alle bisher getroffenen, direkten und indirekten Berufsverbotsmaßnahmen werden aufgehoben.

Der Kampf um Demokratie geht alle engagierten Demokraten an. Der Kampf gegen den Schulkandal erfordert die Zusammenarbeit der Lehrer, Eltern und Schüler. Jetzt darf man nicht mehr nur den Mund spitzen — jetzt muß gepfiffen werden!



Der neue Vorsitzende der DKP-Mörfelden, Ernst Knöß, im Gespräch mit Mörfelder Bürgern.

Er ist für jeden zu sprechen.

Seine Anschrift:

Ernst Knöß, Mörfelden, Mühlstraße 3



Kinder-Ferien-Fahrt 1975 in Ferienlager der DDR

Interessenten melden sich bei der DKP.

Dank und Anerkennung

Am 8. März hatte der VdK-Mörfelden seine 25-Jahr-Feier. Geehrt wurden Frauen und Männer, die seit 25 Jahren Mitglied im VdK sind und die sich dort für die Interessen der Kriegsoffer einsetzen. Dreißig Jahre nach dem verbrecherischen Hitler-Krieg hat diese Feier ihre besondere Bedeutung. Vergessen wir nie den Schwur der Davongekommenen von 1945: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!

Die Hintermänner der neuen Hysteriewelle

„Solidarität gegen den anarchistischen Terror“, heißt die neue Parole des Tages. Lautstark dröhnt sie von allen Seiten auf verunsicherte Menschen ein. Welches Ziel wird damit verfolgt? Geht es den betreffenden Politikern und Kommentatoren wirklich um die Bekämpfung der kleinen Gruppe von anarchistischen Provokateuren, deren kriminelle Aktionen in der Bevölkerung zu Recht Abscheu und Empörung hervorgerufen haben? Was sollten dabei die vielen dramatischen Reden und Fernsehauftritte helfen können, die den Eindruck erwecken, als stünde das totale Chaos unmittelbar vor der Tür?

Im Gegenteil, die ungeheure Aufpeitschung der Gefühle kann nur weitere Verwirrung stiften und politischen Abenteuern der verschiedensten Art von Nutzen sein.

Daß es den Einpeitschern der öffentlichen Erregung um ganz andere Ziele als um die Bekämpfung von „Anarchisten“ geht, wird deutlich, wenn man beispielsweise den Kommentar der Springer-Zeitung „Die Welt“ liest. Da heißt es: „Dieser Staat muß gehärtet werden, seine Politik geändert. . . Gekommen ist das

Ende der Lauheit; das Ende der laschen Liberalität. . .“

Sie schüren also die Erregung gegen „anarchistische Gewalttaten“ – die Herrschaften, die die brutale Gewalt des US-Imperialismus in Vietnam jahrelang bejubelt haben, die noch heute die bestialische Gewalt des Faschismus in Chile rechtfertigen. Aber sie meinen damit nicht nur das Ende der Freiheit für Kommunisten und Sozialisten in unserem Land, die sie wider besseres Wissen skrupellos mit den „Anarchisten“ in einen Topf werfen, obwohl keinerlei Gemeinsamkeit besteht. Sie meinen weit mehr: das „Ende der Liberalität“ – das bedeutet nichts anderes als das Ende jeder demokratischen Diskussion überhaupt, das Ende der Freiheit für alle, die anderer Meinung sind als sie.

Erneut zeigt sich, daß das anarchistische Abenteuerium zu nichts anderem nütze ist, als den extremsten Feinden der Arbeiterbewegung und der Demokratie den Vorwand zu liefern, um ihren seit langem betriebenen Angriff auf die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger, wie sie im Grundgesetz verankert sind, weiter voranzutreiben. Sie sagen „Anarchismus“, aber sie mei-

nen die demokratischen Rechte des ganzen Volkes.

Der Ruf nach dem „starken Staat“ ertönt in diesen Tagen von verschiedenen Seiten. Wir aber fragen: ein „starker Staat“ – wofür? Für die Niederknüpfung der Bürger von Wuhl, die ihre Existenz und ihre Heimat verteidigen? Ein „starker Staat“ – für die Unterdrückung der Bewegung gegen den unsozialen und undemokratischen Paragraphen 218? Ein „starker Staat“ – zur Niederdrückung gewerkschaftlicher Lohnforderungen, zum weiteren Abbau gewerkschaftlicher Rechte, zur Unterbindung von Streiks, zur Verhinderung von Aktionen, wenn sich die Arbeiter gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und gegen die Abwälzung der Krisenlasten wehren? Oder ein starker Staat, der Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb garantiert, der den Arbeiterinteressen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gegen das Profitdiktat und die Macht des Großkapitals zum Durchbruch verhilft?

Gerade in diesen hektischen Tagen darf man sich nicht die Köpfe vernebeln und durch scheinbar plausible Parolen irreführen oder in künstlich geschürte Hysterie hineintreiben lassen. Solidarität ist wirklich notwendig – die Solidarität aller Demokraten gegen den Angriff der Reaktion, der erneut in der Maske des Kampfes gegen „anarchistische Gewalt“ geführt wird.



Am Infostand der DKP. Hier ist immer was los. Hier erhält man alle Informationen über die DKP. Hier trifft man die DKP-Stadtverordneten. Hier gibt es den neuesten „Blickpunkt“ und die UZ. Hier wird diskutiert. Kommen Sie einmal samstags vorbei. Sprechen Sie mit uns.



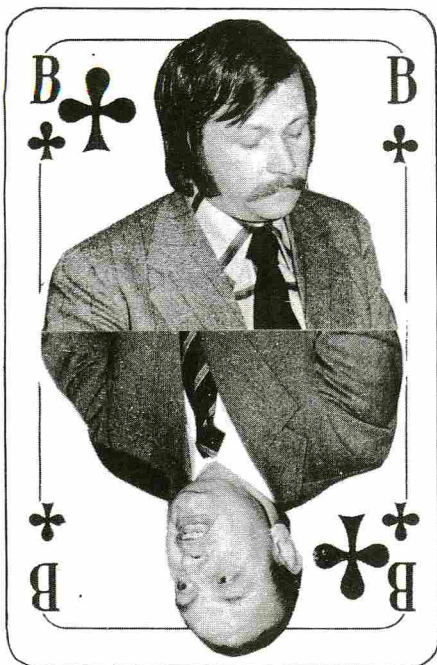
blickpunkt-Jubiläumsfeier

Volles Haus beim „blickpunkt“-Fest. Die Ansprache hielt Rudi Hechler, der darauf hinwies, daß die Pressefreiheit in der BRD längst zusammengeschrumpft ist, auf die Freiheit von ein paar Dutzend Personen, die Zeitungen besitzen. „Die Ware Zeitung ist nur gewinnbringend durch Anzeigen“, so meinte er, „und Großanzeigen erhalten vor allem solche Zeitungen, die das kapitalistische System bejahen.“ Fazit: „Das Bewußtsein von Millionen wird von einer Handvoll Millionäre manipuliert.“

Auf dem Programm standen ein Sketch „Arbeiter und Bauern“, gespielt von jungen Mitgliedern und Freunden der DKP unter Leitung von Erich Schaffner. Die „Rüsselsheimer Songgruppe“ brachte neue und alte Arbeiterlieder in moderner Fassung, die Mörfelder Skiffle-Group spielte; Bodo, Panknien und Hajo brachten hessische Country-Blues. Die Versteigerung eines „blickpunkt“-Sammelbandes, die R. Hechler durchführte, erbrachte 138,- DM.

Die Deutsche Kommunistische Partei dankt allen Mörfeldern, die dem „blickpunkt“ helfen (anlässlich der 50. Ausgabe gingen bis jetzt 1062,- DM an Spenden und Anzeigen ein). Spenden nehmen alle Mitglieder der DKP entgegen. Unser Konto bei der Kreissparkasse Groß-Gerau hat die Nummer 9000 3419.





Diese Karte sticht nicht

Da geht bei alten Parlamentshasen ein geflügeltes Wort um: „Was unterscheidet eigentlich noch Schmidt von Peetz?“ Antwort: „Der Schlipf!“ Na also, so krass wollen wir das ja nicht sehen, aber immerhin, man müßte blind sein, wollte man nicht die zunehmende Übereinstimmung der beiden im Stadtparlament bemerken. Dazu kommt, die Walldorfer CDU spekuliert ernsthaft auf den künftigen Bürgermeister von „Waldfelden“. Sie braucht aber dazu, und der Walldorfer CDU-Parlamentarier Jung sprach es aus, die FDP.

Bleibt die Frage der Wähler – wo wird sich die FDP hinentwickeln? Wird es künftig zu einer Koalition FDP/CDU in Mörfelden (Walldorf) kommen? Wir meinen, eine klare Antwort der FDP ist notwendig!

Haben Sie Roller, Kinderfahrräder, Dreiräder, Rollschuhe, Schubkarren. . . , alte Ladenkassen, Waagen oder Schreibmaschinen, die Sie nicht mehr brauchen?

Der ev. Kindergarten Mörfelden nimmt sie Ihnen ab.

Telefon: 3941 von 8.00 bis 12.00 Uhr.



Fristenregelung muß durchgesetzt werden !

Der jahrzehntelange Kampf um die Beseitigung des Paragraphen 218 ist noch nicht zu Ende. Nachdem mit der Annahme der Fristenregelung durch den Bundestag ein großer Teilerfolg errungen war, versucht das Bundesverfassungsgericht durch sein Urteil, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Wir treten für die Fristenregelung, für den Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten ein, weil es das legitime Recht von Mann und Frau sein muß, darüber zu entscheiden, ob und wann sie ein Kind haben wollen. Und das auch wegen der sozialen Unsicherheit in unserem Lande.

Bei der Ablehnung der Fristenregelung berufen sich die Nachbeter von Klerus und Großkapital und auch das von ihnen angerufene Bundesverfassungsgericht auf Artikel 2 des Grundgesetzes, nach dem „jeder das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ hat, nach dem „die Freiheit der Person unverletzlich“ ist. Die Mutter berücksichtigt sie dabei nicht.

Dabei erfordert das angesprochene Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit geradezu die Fristenregelung, denn Tausende von Frauen, vor allem aus der arbeitenden Bevölkerung, werden nach dieser negativen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nach wie vor in die Hände von Kurfuschern getrieben. Hunderte von ihnen bezahlen solch einen Schwangerschaftsabbruch mit dem Leben oder mit lebenslänglichen Schäden.

Die Ablehnung der Fristenregelung wegen angeblicher Kinder- und Familien-

freundlichkeit ist pure Heuchelei. Selbst die Bundesregierung mußte – im internationalen „Jahr der Frau“ – eingestehen, daß die soziale Lage der Frau in unserem Lande menschenunwürdig ist. Noch 26 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes steht die Forderung nach Gleichberechtigung nur auf dem Papier.

In der Bundesrepublik herrscht eine skandalös hohe Säuglingssterblichkeit. Mit einer Gesamtzahl von 2,6 Prozent sterben bei uns im Durchschnitt doppelt soviel Neugeborene wie beispielsweise in Holland oder Großbritannien. Auch die Müttersterblichkeit ist entsprechend hoch: Hier steht die Bundesrepublik an der Spitze aller vergleichbaren Länder.

Die Erfahrungen mit der Fristenregelung in der DDR bestätigen, daß die freie Entscheidung der Frau gut ist – nicht nur für die eigene Entwicklung, sondern auch für die Familie. Positive Auswirkungen dieses Gesetzes sind nachweisbar. Die Geburtenziffern, die nach Einführung des Gesetzes zunächst zurückgingen, haben eine steigende Tendenz. Nicht zuletzt ein Ergebnis der vorbildlichen Familien-, Sozial- und Gesundheitspolitik in der DDR, zu der auch die kostenlose Pille für alle Frauen ab dem 16. Lebensjahr gehört.

Bei uns ist noch viel zu tun, ehe wir solche Voraussetzungen für ein gesichertes Familienleben erreichen werden. Ein Stück des Kampfes um die Gleichberechtigung der Frau ist die Durchsetzung der Fristenregelung.

Waltraud Träger, Hochstraße